



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

Dezember 1989

Wohngebiet Viktoriabrücke:

Städtische Wohnraumpolitik- Unzumutbare Bedingungen für Mieter

Fast wie versteckt zwischen Viktoriabrücke, Bundesbahn und Industriegebiet liegen die Wohnhäuser an der Jonas-Cahn-, Nidegger- und Karl-Frowein-Straße, die sich zum größten Teil im Besitz der Stadt befinden. Besieht man sich die Häuser etwas näher und hört man sich die Probleme der Bewohner/innen an, so wird man den Verdacht nicht los, daß die Stadt nach dem Motto "Aus den Augen, aus dem Sinn" handelt.



Städtische Wohnungen mit gravierenden Mängeln herrschen im Bereich der Viktoriabrücke vor

Elektrische Kabel hängen im Keller aus der Wand. Kellerabgänge, Speicher und Trockenräume bedürfen der Ausbesserung. Die schon seit Jahren zugesagte Fassadenrenovierung läßt auf sich warten. Der Forderung der Mieter nach Einbau von neuen (Lärmschutz-) Fenstern wollte die Stadt nicht nachkommen und sich stattdessen mit einem Neuanstrich begnügen. Beim Abschleifen der Fenster dann lösten sich Rahmenteile aus den z.T. schon morschen Fenstern!

Große Sorge bereitet den Bewohner/innen aber auch die hohe Verkehrsbelastung insbesondere der Jonas-Cahn-Straße. In den frühen Morgenstunden verlassen Busse das Depot an der Karlstraße. Tagsüber führt LKW-Verkehr zu Industriebe-

trieben, Schlachthof, MVA-Baustelle sowie zu den Schrottplätzen am Dickobskreuz zu erheblichen Lärmbelästigungen. Hinzu kommt der Transport von Erdreich vom und zum Lagerplatz an der Viktoriabrücke sowie die erheblichen Beeinträchtigungen durch den Verkehr auf Viktoriabrücke, Eendenicher Straße und durch die Bahn. Nicht genug damit, wird die Straße nach Auskunft der Bewohner/innen abends und nachts durch An- und Abfahrt von Privat-PKWs und Taxen zum Eros-Center "belebt".

Der Wunsch nach Verkehrsberuhigung ist daher nur allzu verständlich - sollte man meinen. Die Tatsache, daß es sich um eine kinderreiche Siedlung handelt, müßte dem

Fortsetzung nächste Seite



Übrigens:

Neue Chance für Eendenich

Die Kommunalwahl hat für Bonn ein wichtiges Ergebnis gebracht: Die absolute Mehrheit der CDU, die so lange Jahre eine bürgernahe Politik für diese Stadt und ihre Ortsteile verhindert hat, ist endlich gebrochen.

Auch für Eendenich könnten sich dadurch neue Perspektiven ergeben. Die SPD fordert im Einklang mit dem Eendenicher Ortsausschuß bekanntlich seit langen Jahren, endlich etwas ernsthaft für den Ausbau des Eendenicher Ortskerns zu tun. Hier ist unser Ortsteil im Vergleich mit anderen Stadtgebieten ins Hintertreffen gelangt.

Das könnte jetzt anders werden. Die Umgestaltung des Schulplatzes, der Umbau der alten Turnhalle zu einem Vereins- und Bürgerhaus, die mobile Überdachung des Burghofes als Schutz gegen Regen bei Veranstaltungen, alles das sind Anregungen der SPD, die in der Vergangenheit von FDP und Grünen unterstützt wurden.

Verhindert wurde eine Realisierung bisher immer wieder von der CDU. Doch damit könnte es jetzt vorbei sein, wenn FDP und Grüne weiter mitziehen. Gemeinsam ließe sich so viel für Eendenich erreichen. Die SPD fordert deshalb zur Zusammenarbeit auf im Interesse unseres Ortsteils auf: Es gibt viel zu tun, die CDU kann es nicht mehr verhindern!

Wohngebiet Viktoriabrücke müßte dem eigentlich noch zusätzliches Gewicht verleihen. Die Bitte der Anwohner/innen an die Stadt, das Wohngebiet in die Planung der Tempo-30-Zonen einzubeziehen, wurde aber lapidar abgetan. In der Nähe eines Industriegebietes müsse eben mit Lärm durch LKW-Verkehr gerechnet werden. Auch könne wegen der vielen Gewerbebetriebe eine Verkehrsberuhigung nicht durchgeführt werden. Im Klartext: Verkehrsberuhigung wird nur dort in die Tat umgesetzt, wo es schon heute relativ wenig Verkehr gibt - fürwahr nicht gerade sehr einsichtig! Außerdem - warum soll z.B. ein LKW nicht auch 30 km/h einhalten können?

Kein Verständnis für die Politik der Stadt konnten Bezirksverordnete Gisela Haas und Stadtratskandidatin Eva Güntherberger aufbringen. In Briefen an Stadt und betroffene Unternehmen forderten sie die sorgfältige Prüfung einer Tempo-30-Regelung sowie rasche Übergangsmaßnahmen wie die Aufstellung von Blumenkübeln, um die Kreuzung Jonas-Cahn-/Nideggerstraße zu verengen. Die Ausfahrt der Busse solle ausschließlich über die vordere Karlstraße erfolgen und auch die übrigen LKW- und Taxifahrten sollten in Zusammenarbeit mit den Unternehmen reduziert werden. Bei der Planung berücksichtigt werden müßten auch die Interessen der Bewohner/innen an der hinteren Karlstraße.

Zugegebenermaßen ist dies keine einfache Aufgabe. Es muß aber jede erdenkliche Anstrengung unternommen werden, um die Situation zumindest zu verbessern. Daß die Antwort der Stadt nach sechs Wochen immer noch aussteht, spricht nicht dafür, daß die Stadt diese Auffassung teilt. Und auch die Resonanz der Firmen ist bisher leider gering. Hier ist offensichtlich noch viel Überzeugungsarbeit erforderlich!

3-4 Zimmer-Wohnung in Eнденich gesucht

Fam. Bärwald,
Tulpenstr. 4, 5305 Alfter
Tel.: 64 39 32 ab 21.00 Uhr

DDR-Studentin aus Ostberlin
sucht preiswertes Zimmer,
Jana Mielcke,
Tel.: 61 49 05

Dioxin-Schleuder in Eнденich?

Nach der Katastrophe von Seveso 1976 war man sich einig: Dioxine sind selbst in aller kleinsten Mengen hochgiftig. Damals allerdings war man der Auffassung, daß das sog. "Seveso-Gift" kaum in der Umwelt aufträte. Heute weiß man, daß Luft, Nahrungsmittel und andere Gebrauchsgegenstände erhebliche Dioxinbelastungen aufweisen können. Eine der Hauptquellen dieser Stoffe sind Müllverbrennungsanlagen.



Bürger machen mobil: 9364 Einwendungen gab es gegen die Bonner MVA

Im Sommer dieses Jahres warnte die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen vor Milch in Kartons, da diese Verpackungen Dioxine an die Milch abgaben. In den Niederlanden wurde dioxinbelastete Milch vom Markt genommen. Als Quelle gelten die dort zahlreichen Müllverbrennungsanlagen.

Überdurchschnittliche Krebserkrankungen, wie z.B. in Kempten, werden in Zusammenhang mit Müllverbrennungsanlagen gebracht. Durch moderne Technik kann die Menge der ausgestossenen Dioxine zwar verringert werden, gänzlich verhindern kann man sie jedoch nicht.

Auch in der Genehmigung der MVA Bonn wird davon ausgegangen, daß erhebliche Nachteile oder Belästigungen durch Dioxine nicht zu erwarten seien.

So war denn auch die Dioxinfrage der zentrale Streitpunkt bei der Verhandlung der Bürgerklagen gegen die MVA am 23. Oktober 1989 vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. Der Richter hielt zum einen die Prüfung für erforderlich, ob tatsächlich die gesetzlich vorgeschriebene Minimierung dieser Giftstoffe erfolgt ist. Nicht genug damit - seiner Ansicht nach muß auch untersucht werden, ob diese Vorkehrungen überhaupt ausreichen, um den Schutz der Gesundheit der Anwohner/innen zu sichern. Andernfalls müßte

die Genehmigung gänzlich untersagt werden.

Zwar bestritt die Stadt Bonn nicht, daß die Müllverbrennungsanlage Dioxine produzieren wird und daß die Luft schon heute dioxinbelastet ist. Der Sachverständige der Stadt mußte zugestehen, daß die Dioxinrisiken sehr unterschiedlich beurteilt würden. Ein Krebsrisiko bestritt er allerdings kategorisch!

Von Seiten der Kläger/innen und ihrer Experten wurden die bestehenden Belastungen der Umwelt als bereits dramatisch bezeichnet. Nach neuesten Forschungen würden schon sehr niedrige Mengen zu Organschäden führen. Letzte Berechnungen des Öko-Instituts hätten ergeben, daß es durch Müllverbrennungsanlagen in jedem Fall zu Belastungen kommt, die deutlich über den Werten liegen, die von der Wissenschaft als tolerierbar angesehen werden. Schon während des Planungsstadiums seien erste Erkenntnisse bekannt gewesen und hätten beachtet werden müssen; dies insbesondere auch deshalb, weil die Kläger/innen im Planfeststellungsverfahren mehrfach auf die Dioxinproblematik hingewiesen hätten.

Angesichts der Kompliziertheit der Materie wurde das Verfahren noch nicht abgeschlossen, die Entscheidung wird voraussichtlich Anfang 1990 fallen.

DDR: Die Grenze ist endlich durchlässig

„Das ist die Geschichte live“ und „Wer heute nacht in Berlin schläft, ist tot“. Diese und andere Aussprüche kennzeichneten die Stimmung der Menschen, die die Nacht vom 9. zum 10. November 1989 in Berlin miterleben konnten.

Die Mauer, 28 Jahre lang Symbol der Trennung Berlins, hatte plötzlich ihre Bedeutung verloren. Menschen aus der DDR kamen zu Hunderttausenden und feierten auf dem Ku damm ein Volksfest.

Gewiß, es hatte sich schon angedeutet, daß auch in der DDR die Dinge in Bewegung gerieten, aber diese Schnelligkeit der Entwicklung hatte wohl niemand erwartet. Die Menschen in der DDR, allen voran die Bürger von Leipzig mit ihren regelmäßigen machtvollen Demonstrationen, hatten die SED gezwungen, zu handeln. Der Druck der Flüchtlingswelle über Ungarn und die CSSR tat ein übriges.

Die unerwartet hohe Zahl von Übersiedlern aus der DDR, von den Aussiedlern aus Osteuropa ganz zu schweigen, stellt die BRD vor schwere Aufgaben. Es müssen in kürzester Zeit Wohnungen und Arbeitsplätze geschaffen werden, gleichzeitig ist es dringend notwendig, den Prozeß der Demokratisierung in der DDR und Osteuropa wirtschaftlich zu stützen.

Die Aufgaben sind groß, jedoch sollte ein so reiches Land wie die BRD damit fertig werden. Gefragt ist der politische Mut, angesichts der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa alte Feindbilder endlich abzubauen und finanzielle Mittel für die anstehenden Aufgaben umzuschichten.

Neben diesen aktuellen Aufgaben stellen

sich den bundesdeutschen Politikern zunehmend auch Fragen, die nicht mit Geld beantwortet werden können. Hier wird manch einer, insbesondere aus der Riege der Christenunion, umdenken müssen.

Bisher war ja für sie alles so einfach: Die Menschen in der DDR waren daran gehindert, in freier Selbstabstimmung über ihr Schicksal zu entscheiden, also glaubte man, deshalb von hier aus für sie entscheiden zu dürfen. Damit könnte es aber recht bald zu Ende sein, wenn die Bürger der DDR im nächsten Jahr in freien Wahlen ihre Regierung bestimmen können.

Unionspolitiker haben in den letzten Wochen in der Hauptsache über Wiedervereinigung -wobei die meisten wohl eher eine Niedervereinigung der DDR meinten- gesprochen. In der DDR ist das momentan überhaupt kein Thema. Wie muß unsere Politik reagieren, wenn freie Wahlen dies bestätigen würden?

Wenn die Bürger der DDR, was durchaus nicht unwahrscheinlich ist, für sich entscheiden, daß sie ihren eigenen Staat behalten und reformieren wollen, bedeutet das natürlich auch, daß die Frage der Anerkennung einer Staatsbürgerschaft der DDR neu auf den Tisch kommt. An diesem, aber auch an anderen Punkten der weiteren Entwicklung in der DDR wird mancher bundesdeutsche Politiker dann Farbe bekennen müssen, wie er es denn mit den Ergebnissen der so lange geforderten Selbstbestimmung hält.

Und noch etwas muß man diesen Politikern ins Stammbuch schreiben. Wenn die Bürger der DDR in freien Wahlen über die weitere Entwicklung in ihrem Staate



haben entscheiden können, dann haben sie natürlich auch das Recht, über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Ausgestaltung dieser Entwicklung eigenverantwortlich zu entscheiden.

Wenn man Selbstbestimmung fordert, dann muß man diese auch ernst nehmen. Die Bürger der DDR sind erfolgreich dabei, sich aus der Bevormundung durch eine selbstherrliche Partei zu befreien. Sie werden bestimmt nicht bereit sein, sie einzutauschen gegen eine neue Bevormundung durch Politiker aus der BRD.

Der unerschütterliche und friedfertige Einsatz der Menschen in der DDR für Demokratie und Selbstbestimmung haben uns, für die Demokratie etwas alltägliches geworden ist, gezeigt, daß wir in Sachen politischer Kultur noch viel lernen können. Wir sind gefordert, uns lernfähig zu erweisen. Das gilt sowohl für die kleinen Dinge des Alltags, wie auch für die große Politik.

Für Sie in den Ratsgremien:

Die Kommunalwahl hatte, wie Sie sicher längst wissen, für unseren Ortsteil ein sehr erfreuliches Ergebnis. Die SPD legte an Stimmen kräftig zu.

Mit Dieter Witte, seit 25 Jahren für Endenich im Rat, wurde ein Vertreter dieses Stadtteils einer der Bürgermeister der Stadt Bonn. Rotkehlchen gratuliert hiermit noch einmal herzlich und wünscht ihm viel Erfolg in diesem Amt.

Mitglied der Bezirksvertretung Bonn wurde Gisela Haas, bisher sachkundige Bürgerin im Schulausschuß. Als langjährig hier wohnende Endenicherin ist sie vielen längst bekannt.

Inzwischen steht auch fest, welche Vertreter der SPD Ihre Interessen in den Ausschüssen des Rates als sachkundige Bürger vertreten. Damit Sie wissen, an wen Sie sich wenden können, hier ein kurzer Überblick. In den nächsten Ausgaben werden Sie einzeln vorgestellt.

Kulturausschuß:

Franz Stadelmaier

Planungsausschuß:

Eva Günther-Berger

Liegenschaften und Wirtschaftsförderung:

Traugott Holzwarth

Sozialausschuß:

Herbert Baumann

Jugendwohlfahrtsausschuß:

Jürgen Gisch

Umweltausschuß:

Klaus Haak, Ulrike Ballhausen

Bonner Naherholungsgebiet in Gefahr:

Wird das Meßdorfer Feld zubetoniert ?

Ihnen allen ist wahrscheinlich das Meßdorfer Feld als wohngebietsnahes Naherholungsgebiet bekannt. Ob als Spaziergänger, Radfahrer oder Jogger - das Meßdorfer Feld wird von vielen Endenichern hoch geschätzt.

Seit Anfang der 80er Jahre kämpft der SPD Ortsverein Bonn-West/Endenich - und nicht zu vergessen die Jungsozialisten Arbeitsgemeinschaft Bonn-West - um die Erhaltung des Meßdorfer Feldes.

Mit Flugblättern, Infoständen vor Ort, Bürgerbefragungen und Anträgen, brachte die SPD Pläne zur Zerstörung des Meßdorfer Feldes an die Öffentlichkeit. Dabei stellte sich heraus: Wie die SPD ist auch ein Großteil der Endenicher Bevölkerung der Meinung, daß das Feld in seiner jetzigen Form erhalten bleiben muß. Nicht zuletzt, weil es eine der letzten Frischluftschneisen Bonns ist. Welche katastrophalen Folgen der Zubau einer solchen Schneise haben kann, sieht man im Melbtal.

Seit Anfang 1989 gibt es sogar eine Bürgerinitiative "Rettet das Meßdorfer Feld". Als ein sichtbarer Erfolg der Arbeit wurde das Feld 1986 vom Regierungspräsidenten unter Landschaftsschutz gestellt.

Dennoch geben die CDU Stadtratsfraktion und andere interessierte Kreise keine Ruhe. Wieder sind sie dabei das Meßdorfer Feld nach der "Salamitaktik" zu zerstören.

Gleich an zwei Stellen soll - geht es nach der Bonner CDU - gebaut werden. Einmal auf dem "Kreuzergelände" an der Rochusstraße zwischen Endenich und Duisdorf. Hier will die Firma "Georg Simon Grundbesitzgesellschaft Sie-

mensstraße 3-9 KG" eine gewerbliche Nutzung entstehen lassen. Was dort entstehen soll steht noch nicht fest, genau so wenig wie die eventuellen ökologischen Gefahren, die sich dort ergeben könnten. Eins steht jedoch fest: Eine Frischluftschneise würde verschwinden.

Die zweite Stelle liegt zwischen Schmittgasser Kirchweg, Lessenicher Sportplatz und Bundesbahnstrecke. Auch hier will die Stadtratsmehrheit, wie auch auf dem betroffenen Stück des "Kreuzergeländes", den Landschaftsschutz aufgehoben wissen. CDU-Hospes begründet das mit Wohnraumnot. Die gibt es allerdings (zur Erinnerung: OB Daniels wollte vor noch gar nicht so langer Zeit nichts dergleichen in Bonn ausmachen können) in Bonn und dies sagt die SPD schon lange, aber es gibt in Duisdorf genügend ausgewiesenes Bauland: Auf dem "Brüser Berg" und in der "Lengsdorfer Grächt". Sollte es für die CDU Entscheidung andere Gründe geben als das Wohl des Volkes?

Jedenfalls hat der gleiche Herr Hospes, der jetzt so vehement für die Bebauung des Meßdorfer Feldes eintritt, noch kurz vor den Kommunalwahlen am 01.10.1989 im Endenicher Gemeindeblatt versichert, die CDU wolle das Feld nicht antasten. Frei nach: "Was stört mich mein Geschwätz von gestern"?

Mit der SPD wird es keine Bebauung des Meßdorfer Feldes geben! Heute nicht und auch später nicht!

Übergang Konradstraße / Flodelingsweg wird sicherer

Der Antrag der SPD-Fraktion einen gesicherten Fußgängerüberweg im Kreuzungsbereich Konradstraße/Flodelingsweg zu schaffen wurde in der Bezirksvertretung am 19.10.89 ohne Gegenstimmen der anderen Parteien angenommen. Damit wird den Anregungen der dort wohnenden Bürger Rechnung getragen, die schon seit langem forderten, diesen Verkehrs-Brennpunkt zu entschärfen.

Dagegen wurde aber der von der SPD unterstützte Antrag der Grünen Fraktion, die Einrichtung eines sicheren Radweges auf dem Hügel zwischen Steinweg und Hermann-Wandersleb-Ring, mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Es bleibt zu hoffen, daß die Vertreter dieser Parteien diesen Streckenabschnitt nicht nur in gesicherter Karosse, sondern selbst einmal mit dem Fahrrad befahren, um die alltäglichen Gefährdungssituationen der Radfahrer in der eigenen Haut zu erleben.



Rotkehlchen wünscht allen

Lesern und Leserinnen



ein schönes und friedvolles



Weihnachtsfest



Ercheinungsweise:
Viermal jährlich

Auflage: 7.000
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD Stadtratsfraktion in
Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktoren:
Klaus Stöppler (verantwortl.)
Eva Günther-Berger, Klaus
Haak, Gisela Ihms, Ute Riltz

Redaktionsanschrift:

ROTKEHLCHEN e/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 22 51 56